

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 25

Artikel: Wie man sozialdemokratische Partner liquidiert : historischer Rückblick mit aktuellem Ausblick
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094163>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stramm vaterländische Art antikommunistisch gegeben. (Braune Sprüche hat er wohl kaum gemacht; sonst hätte man ihn am Ende für einen Propagandisten der PLO gehalten.) Aber wie immer Sie sein Gehaben definieren wollen: Das war ja eben seine *Tarnung*, die seine wirkliche Geisteshaltung verbergen sollte. Und die drückt sich in der Bereitschaft aus, für die Sowjetunion zu spionieren. Bitte, wenn Sie die Meinung vertreten wollen, dass sich Rechtsextremisten naturgemäss zur Sowjetmacht hingezogen fühlen: ich habe nichts dagegen. Aber, um der armen Logik willen, ganz im Vertrauen: Man tarnt sich allemal als etwas *anderes*; sonst wäre Tarnung nämlich überflüssig.

Aber vielleicht werden Sie, wenn sich einer einmal «links» gibt, um für Pinochet zu spionieren, konsequent bleiben und erklären, da sehe man, dass man auf den Linksextremismus viel zu wenig aufgepasst habe. Allerdings haben Sie eine gute Chance, den Test nicht bestehen zu müssen. Von den 162 Fällen aufgedeckter Spionage seit 1948 gehen 111 zulasten kommunistisch regierter Staaten des Sowjetlagers, und unter den 51 anderen gibt es erst noch mehrere Fälle von Wirtschaftsspionage, die mit der politischen Einstellung der Auftraggeber nichts zu tun haben.

Das mussten Sie natürlich verschweigen, weil es das Gefälle zwischen dem akut gefährlichen Linksextremismus und dem allenfalls latent gefährlichen Rechtsextremismus sichtbar gemacht hätte.

■ ■ ■

Sie sprechen von Rechtsblindheit. Gewiss, ich habe «dafür» schon oft von Linksblindheit gesprochen, aber das ist nicht gegengleich. Denn ich tue es aus dem *gleichen* Verständnis, das mich zum Gegner des Rechtsextremismus macht. Das haben Sie nicht zur Kenntnis genommen. Damit Sie es von jetzt an wenigstens zur Kenntnis nehmen können, gebe ich Ihnen bloss eine Stelle an: S. 13 ff. meiner Schrift «Demokratische Mitte und Totalitarismus», Bern 1975.

Sie geisseln das Sündenbockdenken in der Schweiz und schreiben: «Die eigenen unbewältigten Konflikte projizierte man auf die Hexen, die Katholiken, die Protestanten, die Heiden, die Juden, die Zigeuner, die Homosexuellen, die Huren, die Kommunisten, die Subversiven, die Gegenrevolutionäre, die Araber, die Künstler, die Beamten, die Zöllner, die Polizisten, die Kriminellen, die Studenten und so weiter.» Sie ergänzen dieses «und so weiter» im nächsten Paragraphen: «die Jurassier, die Jesuiten, die Drogenabhängigen, die Flüchtlinge, die Stipendienempfänger, die Besucher von Jugendhäusern, die Arbeitslosen, die Rentenbezüger, die Motorradfahrer, die Mitglieder von Wohngemeinschaften, die Versorgten, die Strafgefangenen und in jüngster Zeit die Terroristen.»

Dieser Kritik am Ostrazismus (dem Sündenbockdenken, das zu Scherbengerichten führt) könnte ich um so leichter folgen, als sie (nachweislich) auch die meine war und ist. Aber es gibt auf Ihrer Liste Auslassungen, die mich stutzig machen. Gewiss, ich verkenne nicht, dass Sie neben den Kommunisten auch die Gegenrevolutionäre als Sündenbockkategorie anführen. Aber das natürliche Pendant wären doch die («sattsam bekannten») Antikommunisten gewesen oder als Gegenstück von hiesigem Gebrauch die «kalten

Krieger». Weil ich Ihnen nicht unterstellen darf, das heutige politische Vokabular zu ignorieren, muss ich annehmen, dass Sie Ihre eigenen Feindbilder heil belassen haben.

Auf Ihrer Liste fehlen die Bürgerlichen. Demgegenüber habe ich immer davor gewarnt, die Kommunisten einfach als Sündenböcke abzutun, statt sie in ihrer Selbstdarstellung zur Kenntnis zu nehmen. Meine Gegnerschaft zum Ostrazismus ist also nicht selektiv.

Aber weiter. Auf Ihrer Liste fehlen die Kulaken, die Armenier, Georgier, Ukrainer und Balten. Es fehlen die Dozenten, Lehrer und Meister. Es fehlen die Opfer der Terroristen, derweil Sie die Terroristen aufführen und sie vor Vorwürfen beschützen.

Vor allem jedoch, Herr Nationalrat, fehlen auf Ihrer Liste die schlimmsten Etiketten für jene Demokraten, die Sie selber als Rechtsextremisten zu Sündenböcken stempeln. Und damit betreiben Sie eine eigene Sündenbockpolitik, die nicht nur extrem, sondern auch extremistisch ist. Denn das ist eine Methode des braunen wie des roten Faschismus.

*

Können Sie die Redaktion der Zeitschrift «Neue Wege» veranlassen, diese Replik zu veröffentlichen, so wird es mir meinerseits eine Freude sein, Ihre allfällige Duplik hier abzudrucken. Damit wäre ein Gespräch eingeleitet, dem ich mich nie entzogen habe.

Peter Sager

Historischer Rückblick mit aktuellem Ausblick

Wie man sozialdemokratische Partner liquidiert

Vor 30 Jahren — am 14. Dezember 1948 — verschwand die letzte sozialdemokratische Partei in Osteuropa, die Polnische Sozialistische Partei (PPS). Und vor 60 Jahren — im Dezember 1918 — wurde in Russland die Nationale Konferenz der Menschewiken (Sozialdemokraten) gezwungen, das Sowjetsystem anzuerkennen. Wird sich die Geschichte wiederholen?

Das Schicksal der russischen Sozialdemokraten

Die Menschewiken verlangten trotz erzwungener Anerkennung des Systems freie Wahlen und Einstellung des Terrors, weshalb sie verfolgt wurden. 1921/22 blieb den noch bestehenden Organisationen nichts anderes übrig, als sich selbst aufzulösen. Den Ueberlebenden wurde der letzte Schlag im Dezember 1931 versetzt: vor dem Obersten Gericht der UdSSR fand damals der letzte grosse Schauprozess gegen sie statt.

Die kommunistische Taktik in Osteuropa

Die Sozialdemokraten waren nach dem Zweiten Weltkrieg zuerst Verbündete der Kommunisten. Deren generelle Taktik mit ihren Partnern hatte vier Stufen:

- Erst kam der Versuch, die beiden Parteien in einer marxistisch-leninistischen (d.h. kommunistischen) Partei zusammenzuschliessen (Ende 1944, Anfang 1945).
- Nach der Zurückweisung dieses Vorschlages durch die SDP verlangten die Kommunisten eine Aktionseinheit und einheitliche Gewerkschaften unter kommunistischer Führung. Das wurde 1944/45 Wirklichkeit.
- Nun begann die Ausnützung der Sozialdemokraten für die Zerschlagung der «reaktionären» bürgerlichen Parteien (1946/47).

d) Schliesslich erfolgte die Vereinigung mit den Kommunisten, nachdem man alle widerstandsfähigen Sozialdemokraten eingesperrt oder interniert hatte. Die «Vereinigung» bedeutete die Einverleibung der SP in die KP.

Von diesem Schema wich nur die DDR etwas ab: Nach zahlreichen Repressalien wurde der Vereinigungskongress am 15. April 1946 abgehalten und die SED errichtet. Schon im Herbst 1945 entstanden sozialdemokratisch-kommunistische «Arbeitsgemeinschaften», aber die SDP selbst lehnte die Vereinigung konsequent ab (Berliner Konferenz am 20. Januar 1946 und die neue SDP-Konferenz am 1. März 1946).

Liquidierung der einzelnen Parteien

Die Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei zeigte relativ geringen Widerstand. Die Slowakische SDP schloss sich schon im Herbst 1944 mit den Kommunisten zusammen, und der tschechische Sozialdemokrat Fierlinger vereinbarte 1942/43 in der Sowjetunion den Anschluss. Die Folge war die grosse Wahlniederlage am 25. Mai 1947: Die Tschechische SDP erhielt 12%, die wieder unabhängig gewordene Slowakische SDP 3% der Stimmen. Auf Druck der KP wählte die SDP-Konferenz in Brünn (13.—16. November 1947) eine neue Parteiführung, die bei der

«Februar-Revolution» 1948 die Nationale Sozialistische Partei von Benes im Stich liess, wodurch sie auch ihr eigenes Schicksal unterzeichnete. Am 17. April 1948 erklärte eine statutenwidrig abgehaltene Funktionärenkonferenz die Vereinigung mit den Kommunisten *in der KPTsch*.

Die *Ungarische Sozialdemokratische Partei* akzeptierte 1945 die Aktionseinheit mit den Kommunisten, und am 5. März 1946 entstand der «linke Block» innerhalb der Koalitionsparteien gegen die Kleinlandwirtpartei, die über die absolute Mehrheit im Parlament verfügte. Die eingeschüchterte SDP war behilflich, diese starke, demokratische Partei mehrfach zu spalten. Erst nach den Wahlen vom 31. August 1947 begriff sie, wie sie von den Kommunisten missbraucht wurde! (Jungkommunisten fuhren am Wahltag mit polizeilich zur Verfügung gestellten Lastwagen über eine halbe Million falscher Wahlzettel von Wahllokal zu Wahllokal.) Der sozialdemokratische «Ministerstreik» als Protest kam zu spät.

Anfang 1948 musste sich die SDP selbst «säubern», damit der Kongress vom 6. bis 8. März 1948 die Vereinigung mit der KP beschliessen konnte. Am 12. Juni kam es zur Bildung der «gemeinsamen» Partei Ungarischer Werktätiger. Im September begann schon der Dank: Die Sozialdemokraten wurden massenhaft ausgeschlossen, viele verurteilt, etliche ohne Gerichtsverhandlung zu Tode gefoltert (Justizminister Riess, der Majordomus des Parlaments J. Szeder usw.). Der zweite Staatspräsident Ungarns, der Sozialdemokrat Szakasits, wurde 1949 ins Gefängnis gesteckt.

Die *Polnische Sozialistische Partei* (PPS) erlitt im Krieg riesige Verluste durch die Nazis und die Kommunisten. In den Massengräbern von Katyn wurden neben den Leichen polnischer Offiziere auch die Leichen mehrerer sozialdemokratischer Funktionäre gefunden. Im Februar 1945 wurden 16 führende polnische Politiker — hauptsächlich Sozialisten — nach Moskau «eingeladen»; keiner von ihnen kehrte zurück. Moskau wollte die Hindernisse aus dem Weg räumen.

Die KP («Polnische Arbeiterpartei», PPR) vermochte mit List und Betrug die PPS mehrfach zu spalten, bis im Frühjahr 1944 eine Gruppe entstand, die kollaborationswillig war. Die grosse PPS wurde verboten, und die «konzessionierte» PPS beteiligte sich aktiv an der Liquidierung der eigenen Partei und der starken oppositionellen



Erst von den Nazis und dann von den Kommunisten eingesperrt: die ungarische sozialdemokratische Politikerin Anna Kethly.

Polnischen Bauernpartei (PSL) von Mikolajczyk. Am 28. November 1946 unterzeichnete sie ein Abkommen über Aktionseinheit mit den Kommunisten, und bei den Parlamentswahlen im Januar 1947 entstand eine gemeinsame Liste der PPR und der konzessionierten PPS. Die Koalition siegte, da 2,5 Millionen Wählern die Wahlbeteiligung mit Gewalt verunmöglicht wurde.

Sofort nach den Wahlen begann die Verfolgung der Mitglieder der konzessionierten PPS, bis der eingeschüchterte PPS-Vorstand am 21. März 1948 die Vorbereitung für die Vereinigung mit den Kommunisten beschloss. Der Vereinigungskongress fand erst am 14. Dezember 1948 statt. Die neue Vereinigte Polnische Arbeiterpartei schloss innerhalb kürzester Zeit 230 000 Sozialisten aus, die auch ihre Posten und oft die Freiheit verloren. Die Geheimverfahren gegen die «Gesäuberten» wurden 1949—1952 durchgeführt.

Spätes Erwachen

Die osteuropäischen Sozialdemokraten haben die Liquidierung ihrer Parteien nicht anerkannt. Die ungarische SDP entstand im Oktober 1956 wieder; nach der Niederschlagung des Aufstandes musste sie jedoch erneut verschwinden. In der Tschechoslowakei entstanden 1968 kleinere sozialdemokratische Zellen in 114 Betrieben, worauf das ZK-Plenum der KPTsch im Mai 1968 erklärte, die Spaltung der KPTsch durch die Wiedererrichtung der SDP «hält das ZK der KPTsch ... für einen direkt antikommunistischen Schritt». Das ZK-Präsidium verurteilte am 21./22. Mai die Versuche, «die von einer kleinen Gruppe unternommen werden, um die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei erneut zu bilden».

Heute gibt es in der DDR, CSSR, Polen und Bulgarien ein «sozialistisches Mehrparteiensystem» ohne Opposition; die «bürgerlichen» Parteien und Bauernparteien dürfen unter der

Bedingung existieren, dass sie keine Parteien sind (Anerkennung der Führungsrolle der Kommunisten, Kampf für deren Programme); den Sozialdemokraten wurde aber in keinem Land auch nur diese formelle Existenz zugebilligt.

Die heutige Taktik

1924 erklärte Stalin, Sozialdemokraten und Faschisten seien Zwillingbrüder, und die Komintern beschloss die Bekämpfung der Sozialdemokratie (V. Kongress 1924 und VI. 1928); der letzte (VII.) Kongress von 1935 erklärte sich hingegen für eine Volksfront und Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten. Nach dem nationalsozialistisch-kommunistischen Pakt von 1939 wurden die Sozialdemokraten wieder Feinde. (Tausende von polnischen Sozialisten, die vor den Nazis ins sowjetische Osteuropa flüchteten, wurden nach Sowjetasien deportiert.) 1945 bis 1948 kehrte man zur Volksfrontpolitik zurück. Nach der Liquidierung der osteuropäischen Sozialdemokratie machten die westlichen Sozialdemokraten keine gemeinsame Sache, weshalb sie wieder «Sozialfaschisten» und «Agenten des Weltimperialismus» wurden. Nach Stalins Tod (5. 3. 1953) rief man erneut die Volksfront aus, und die internationalen Kommunistenkonferenzen 1957, 1960, 1969 sowie die Berliner Beratung europäischer KPs im Juni 1976 bestätigten den kommunistischen Wunsch, mit der SDP zusammenzuarbeiten.

Die Septemberrnummer der sowjetischen Zeitschrift «Woprossy istorii» (Fragen der Geschichte) veröffentlichte einen langen Artikel über die PdA und hob besonders hervor, es sei der PdA gelungen, in Genf, im Tessin und provisorisch in Zürich den Weg zur Zusammenarbeit mit der SP zu finden.

30 Jahre nach der Liquidierung der östlichen Bruderparteien wäre es an der Zeit, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. *Laszlo Revesz*

Eine umfassende Darstellung vom Schicksal der Sozialdemokraten in den Satellitenstaaten der Sowjetunion hat Prof. Revesz in seinem Buch zu diesem Thema gegeben: «Die Liquidierung der Sozialdemokratie in Osteuropa». Reihe Tatsachen und Meinungen, Band 14. SOI-Verlag, Bern 1971. 116 Seiten, Fr. 7.90.

Ueber den aktuellen Umgang der Kommunisten mit den Sozialdemokraten orientiert ebenfalls Laszlo Revesz. In seiner neuen Broschüre «Frieden durch Gewalt; Träger und Ziele der kommunistischen Friedenspolitik» sind besonders die Seiten 31 bis 35 dieser Frage gewidmet. (SOI-Sonderdruck Nr. 16, Bern 1978. 140 Seiten, Franken 12.—)

4%
Anlagehefte

4 1/4%
Kassa-Obligationen

COUPON für Geschäftsbericht
in verschlossenem Couvert

Name _____
Strasse _____
Ort _____

CITY BANK
Talstrasse 58, 8021 Zürich
Tel. 01/211 76 11